

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SSP/LAND BREMEN

Ein strahlender Präsident des Senats, Carsten Sieling auf dem Landesparteitag am 15. September: Starke Rede, starkes Ergebnis.

MIT CARSTEN SIELING AN DER SPITZE

... werden wir entschlossen und geschlossen in den Bürgerschaftswahlkampf 2019 gehen. Der Landesparteitag am 15. September hat Carsten Sieling mit einem überzeugenden Ergebnis zum Spitzenkandidaten gewählt. Bei Erscheinen dieses Vorwärts wird die Aufstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl und in Bremerhaven auch für die Stadtverordnetenversammlung abgeschlossen sein. In den nächsten Wochen folgen dann noch die Listenaufstellungen für die Bremer Beiräte. Ihre Unterstützung für Bürgermeister Carsten Sieling brachten auf dem Landesparteitag Melf Grantz, Bremerhavener Oberbürgermeister; Annette Düring, Vorsitzende der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser; Prof. Dr. Klaus Hübötter, Ehrenbürger der Freien Hansestadt Bremen; Klaus Hering, Vorsitzender des Betriebsrates der ArcelorMittal Bremen GmbH und Monika Steinhauer, Schulleiterin

Oberschule am Park in Gröpelingen mit ihren Grußworten ganz besonders zum Ausdruck. Bürgermeister Carsten Sieling und die Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp sorgten mit ihren kämpferischen Reden für gute Stimmung auf dem Parteitag. Dabei betonten sie, dass die SPD für eine Politik steht, die den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven für die Zukunft erhält und stärkt.

Die Reden sind zu finden unter: www.spd-land-bremen.de/dokumente-und-materialien.html

Es gibt gute Argumente, die für die Bremer und Bremerhavener SPD sprechen:

- Bremen hat harte finanzielle Zeiten hinter sich – aber Carsten Sieling und die SPD haben es geschafft, die Eigenständigkeit Bremens zu erhalten und die Finanzen zu konsolidieren.

- Das war harte, konzentrierte Arbeit – aber jetzt ist Bremen über den Berg und es kann wieder mehr investiert werden.
- In dieser Legislaturperiode haben wir über 3.000 Kita-Plätze neu geschaffen und bauen weiter aus.
- Wir legen ein massives Investitionsprogramm für unsere Schulen auf.
- Wir haben die Sicherheit und die Sauberkeit in der Stadt spürbar verbessert.
- Und wir werden weiter für bezahlbare Wohnungen arbeiten und die Verdrängung bekämpfen.

Dafür braucht es eine starke SPD mit einem verlässlichen und seriösen Bürgermeister an der Spitze, der auch die Kompetenz hat, diese Stadt zu regieren! ■



Nach intensiver Diskussion und breiter Beteiligung legt Ende diesen Monats der Landesvorstand das SPD-Zukunftsprogramm 2019 – 2023, unser Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019, vor. Daran schließt sich dann eine weitere Diskussion mit der interessierten Öffentlichkeit und die Beratung in den Gremien der Partei an. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgt auf dem ordentlichen Landesparteitag am Samstag, 23. Februar 2019, 10:00 Uhr im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack.
www.zukunftsland.spd-land-bremen.de

FÜR EINE SOZIAL VERANTWORTLICHE WOHNUNGS- UND MIETENPOLITIK

Wohnen ist zu einem zentralen sozialpolitischen Thema in Deutschland geworden. Vielfach gibt es regionale Verknappungen, die zum Teil zu drastischen Mietpreissteigerungen führen. Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist für viele Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen immer weniger möglich.



FOTO: SPD LAND BREMEN

Uns geht es darum, dass Eigentum verpflichtet, insbesondere bei so etwas Elementarem wie Wohnungseigentum. Wohnen ist ein Menschenrecht – auch private Vermieter müssen für einen ordentlichen Zustand ihrer Mietwohnungen sorgen. Instandhaltung und Modernisierung darf nicht vom Streben nach Rekordgewinnen geleitet werden, sondern muss auch die Mieterinnen und Mieter im Blick haben. Selbst das garstige Herbstwetter macht

die Wohnungen der Vonovia nicht behaglich! An den Immobilien sind Instandhaltungsmaßnahmen oft über Jahre nicht gemacht worden, und jetzt sollen diese Arbeiten als „Modernisierungen“ zu Mietsteigerungen von oft über 50% und zu immensen Renditeerwartungen führen.

Wir wollen:

- dass die Wohnungen und dass Wohnumfeldgestaltung der Vonovia-Bestände in einen lebenswerten Zustand versetzt werden – z. B. in der Lüssumer Heide ist der Unterschied zwischen den Blocks der Gewoba, die in einem solchen Zustand sind, und den baugleichen Blocks der Vonovia eklatant.
- dass Mieterhöhungen sich im Rahmen des rechtlich zulässigen halten, ohne dass jede Mieterin und jeder Mieter erst die Gerichte anrufen muss – das gilt auch für die Nebenkostenabrechnungen!

„Da, wo die öffentliche Hand die Mietkosten trägt – und das ist bei den Wohnungen der Vonovia in vielen Fällen der Fall – kann der Senat direkt handeln: durch Überprüfung der Wohnungen vor Mietkostenübernahme und durch Beratung und Unterstützung der von Mieterhöhung und Nebenkostenabrechnungen Betroffenen.“, betont unsere Landesvorsitzende, Sascha Karolin Aulepp. ■

Der Beschluss des SPD-Landesvorstandes „Für eine sozial verantwortliche Wohnungs- und Mietpolitik – Vonovia in die Pflicht nehmen!“ ist zu finden unter: <https://www.spd-land-bremen.de/Beschluesse.html>

Unsere Veranstaltung zu diesem Thema u. A. mit Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Westfälische Hochschule): **Mittwoch, 28. November 2018, 19:00 Uhr**
Treffpunkt KWADRAT Wilhelm-Kaisen-Brücke 4 28199 Bremen.

Prof. Bontrup hat ganz aktuell im VSA Verlag das Buch „Wohnst du noch ...?: Immobilienwirtschaft und Mieten kritisch betrachtet“ veröffentlicht.

HENNING WIRD 80!



Plakat aus dem Bürgerschaftswahlkampf 2003.

Am 31. Oktober hat unserer ehemalige Bürgermeister Henning Scherf Geburtstag. Lieber Henning, ganz herzliche Glückwünsche von Deiner Partei! Wir freuen uns sehr auf Deine tatkräftige Unterstützung der Bremer und Bremerhavener SPD und ganz besonders von Carsten Sieling im kommenden Wahlkampf. ■

Carsten Sieling und die SPD sichern den sozialen Zusammenhalt und die Freiheit für die Zukunft.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

STOLPERSTEIN FÜR JOHANNES LÜCKE

Zur Erinnerung an Johannes Lücke in der Gröpelinger Heerstr. 76 wurde jetzt ein Stolperstein gelegt. Der Sozialdemokrat wurde am 1. März 1933 auf dem Rückweg von einer politischen Kundgebung, auf der unter anderem der SPD-Bundestagsabgeordnete Alfred Faust geredet hatte, von SS-Mitgliedern in den Bauch geschossen, er erlag am nächsten Tag dieser Schussverletzung.

Unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp war bei der Legung des Stolpersteins dabei und richtete folgende Worte an die Anwesenden:

„ ... Wir erinnern uns mit Trauer, mit Zorn, und mit Kampfeswillen an die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Mann, dem dieser Stolperstein gewidmet ist, der Genosse und Sozialdemokrat Johann Lücke, wurde umgebracht in einer Zeit, in der die staatliche Ordnung Menschen wie ihn nicht geschützt hat, in der im Gegenteil Staatsmacht missbraucht wurde, um Andersdenkende zu ermorden.

Zum Trauerzug zu seiner Beerdigung auf dem Waller Friedhof sollen im März 1933 etwa 10.000 bis 15.000 Menschen gewesen sein. Das war ein Trauergeleit, aber auch eine politische Demonstration, und auch heute müssen wir unsere Trauer mit politischem Kampf verbinden.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nicht in unserem Land und nirgendwo auf der Welt, dafür müssen wir alle uns stark machen. ■



SOZIALE GERECHTIGKEIT STÄRKEN

FOTO: SPD GRUPPE IM EU-PARLAMENT



Mit der Entsenderichtlinie haben die Sozialdemokraten die Grundlage für europaweit bessere Arbeitsbedingungen und Löhne gelegt.

Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von Europa und der Globalisierung. Leider nicht immer die Beschäftigten. Die EU-Mitgliedstaaten versuchen die besten Investitionsbedingungen und Standortvorteile mit Steuernachlässen und Arbeitsmarktflexibilisierung zu erkaufen. Auch Deutschland beteiligt sich an diesem Steuer- und Lohnunterbietungswettbewerb. Mit vielen unsicheren und

schlechtbezahlten Arbeitsplätzen als Folge. Zugleich sehen wir regelmäßig neue Enthüllungen über Steuerflucht durch international operierende Unternehmen wie Google, Starbucks, aber auch viele deutsche namhafte Unternehmen. Es ist im hohen Maße sozial ungerecht, dass Milliardäre keinen Cent an Steuern zahlen und die Beschäftigten dafür die Zeche zahlen müssen. Soziale Gerechtig-

keit fängt bei gerechter Lastenverteilung an. Die starken Schultern tragen mehr. Dieser Grundsatz muss auch in Europa wieder gelten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten könnten und müssen hier gegensteuern. Klare und hohe soziale Mindeststandards und eine gerechte Besteuerung von Unternehmensgewinnen schaffen gute und sichere Arbeitsplätze, ausreichende Steuereinnahmen zur Finanzierung des Strukturwandels und des Sozialstaates sowie die nötige Kaufkraft als Konjunkturmotor. Und schließlich auch mehr soziale Gerechtigkeit. Die Sozialdemokraten im Europaparlament kämpfen für den Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit im gleichen Ort, für eine europaweite Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, für den Informationsaustausch über Gewinne europäischer Unternehmen, für fairen Wettbewerb im Dienstleistungssektor, für die Besteuerung der Finanzmärkte. Oftmals scheitern wir an fehlenden Mehrheiten im Parlament, oft aber auch an nationalen Egoismen im Ministerrat. Die nächste Europawahl wird auch über mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit entscheiden. ■



Dr. Joachim Schuster, MdEP

Bürgerforum
„MITREDEN ÜBER EUROPA“
23. November 2018,
17.00 – 18.30 Uhr,
Festsaal der Bremischen
Bürgerschaft, Am Markt 2,
28195 Bremen.

- Diskussion mit**
- **David McAllister,** Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU)
 - **Dr. Joachim Schuster,** Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD)
 - **Dr. Helga Trüpel,** Mitglied des Europäischen Parlaments (Bündnis 90/ Die Grünen)

— ANZEIGE —



DIE ZENTRALE FRAGE

Wohnungen dürfen keine Ware und Mieten kein Luxus sein!

Bezahlbarer Wohnraum für alle – so lautet das Ziel. Um es zu erreichen, hat die SPD-Fraktion unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Für Björn Tschöpe besteht kein Zweifel: „Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Herausforderung unserer Zeit. Auf diese Frage müssen wir überzeugende Antworten finden. Klar ist: Es gibt nicht die eine Lösung für dieses, gerade in Städten und Ballungsgebieten, immer drängender werdende Problem. Als Sozialdemokraten haben wir aber – als Fraktion hier in Bremen und als Partei im Bund – in der Vergangenheit und aktu-

ell Maßnahmen vorgeschlagen, um das Problem anzugehen, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden oder ein Eigenheim zu erwerben.“

Absolut notwendig sei es, dass der Bund zukünftig mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau investiere, private Investitionen fördere und Familien – etwa mit dem Baukindergeld – bei der Schaffung von Wohneigentum unterstützen wolle, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzen-

de. Wichtig sei aber auch, Spekulationen mit Wohnraum zu unterbinden und Gerechtigkeitslücken bei der Grunderwerbssteuer zu schließen – Vorschläge, die die SPD-Fraktion bereits in Anträgen auf den Weg gebracht und die nun auch die Partei in einem Grundsatzpapier formuliert hat.

„Langfristig hilft aber nur eines gegen steigende Mieten: Bauen, bauen bauen!“, betont Tschöpe. Bremen habe sich hier auf einen guten Weg begeben und mit Förderprogrammen auch gezielt den sozialen Wohnungsbau unterstützt. Auf Initiative der SPD-Fraktion entstehe zudem zusätzlicher Wohnraum für Studierende, und das Jakobushaus solle zum Azubiwohnheim ausgebaut werden. An einigen Stellen in Bremen entstünden aktuell zudem neue Wohngebiete. Tschöpe: „Völlig klar ist aber: Wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Wir müssen weiterhin Flächen zur Verfügung stellen, damit ausreichend Wohnraum entstehen kann. Wir müssen weiterhin mit gezielten Maßnahmen auf die Probleme reagieren, etwa indem wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien in den Fokus nehmen. Oder indem wir die Sozialbauquote so erhöhen, dass nicht nur mehr preiswerter Wohnraum entsteht, sondern sich auch die soziale Durchmischung der Stadtteile verbessert. Denn für uns ist völlig klar: Bremen braucht mehr Wohnraum – in allen Segmenten.“ ■

KEIN FUSSBREIT DEN FREMDENFEINDEN

SprecherInnen gegen Rechtsextremismus zu Gast in Bremen

Wie umgehen mit Rechtsextremismus? Mit dieser Frage haben sich die SprecherInnen gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktionen der Landtage und des Bundestages kürzlich zwei Tage lang in Bremen befasst. „Die Vorfälle in Chemnitz haben gezeigt, dass wir hier noch wachsamer sein müssen“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, „und sie haben gezeigt, dass die Verbindungen der AfD mit offen Rechtsextremen enger geworden sind. In Bremen gibt es deutliche Überschneidungen zwischen der Jungen Alternative (JA) und der rechten Szene. Dass der Verfassungsschutz sie nun beobachtet, ist daher absolut richtig.“

„Es wird genau zu prüfen sein, ob eine solche Beobachtung nicht bundesweit angezeigt ist“, sagt Senkal. Seine Kollegen hätten berichtet, dass auch in anderen Bundesländern eine Beobach-



tung der JA geprüft werden soll. „Wenn die AfD sich weiter radikalisiert und die Stimmen, die von einer ‚Revolution‘ unserer demokratischen Ordnung sprechen, zunehmen, wird man auch dies genau im Auge behalten müssen.“

Senkal abschließend: „Für uns gilt: Kein Fußbreit den Fremdenfeinden! Wir werden uns ihnen weiterhin mit allen Mitteln entgegenstellen.“ ■

Sükrü Senkal und die Bundestagsabgeordnete Susann Rührich berichten der Presse von der zweitägigen Tagung der SprecherInnen gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktionen, die in Bremen stattfand.

VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion lädt im November zu zwei Veranstaltungen ein. Am **6. November um 20 Uhr**, im Focke-Museum, Schwachhauser Heerstraße 240, lautet das Thema „**Damals Dolchstoßlegende – Heute Fake News?**“ Diskutieren werden der SPD-Fraktionsvorsitzende, **Björn Tschöpe**, der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende in Schleswig-Holstein, **Ralf Stegner**, sowie **Michael Angele**, stellvertretender Chefredakteur des „Freitag“.

Am Donnerstag, **22. November, um 19 Uhr** in der Union-Brauerei, Theodorstraße 12-13, soll es dann vor dem historischen Hintergrund der Novemberrevolution um „**Die Spaltung der Linken – Einst und Jetzt**“ gehen. **Björn Tschöpe** wird das Thema mit der Fraktionsvorsitzenden der Linken-Bürgerschaftsfraktion, **Kristina Vogt**, diskutieren. **Prof. Dr. Lothar Machtan** wird in das Thema einführen und das Gespräch moderieren. ■